

# Mehr für Soziales und Wohnungen

SPD, Grüne und Linke wollen eigene Schwerpunkte im Haushalt 2019 setzen

Von Rainer Breda

**Hildesheim.** SPD, Grüne und Links-Partei wollen im Haushalt 2019 mehr Geld für soziale Zwecke unterbringen als von der Verwaltung vorgesehen. Zudem soll die Stadt mehr dafür tun, damit bezahlbarer Wohnraum entsteht. Die Partner kommen auf 23 Sitze, für eine Mehrheit sind 24 nötig. „Das ist eine Wunschliste“, sagt Stephan Lenz, der finanzpolitische Sprecher der SPD. Der Rat verabschiedet den Etat im Dezember.

Ein großer Teil der rot-rot-grünen Änderungswünsche betrifft die freiwilligen Zuwendungen für Kultur, Sport und Soziales. Die Stadt darf dafür wie berichtet eine halbe Million Euro mehr ausgeben als bisher. Wie das geschehen soll – darüber haben SPD, Grüne und Linke etwas andere Vorstellungen als die Verwaltung. Auszüge:

■ **Kulturfabrik:** Sie soll 5000 Euro zusätzlich bekommen.

■ **Kulturprojektförderung:** Die Erhöhung soll um 8500 Euro geringer ausfallen.

■ **Kulturkompass:** Die 8000 Euro, die das Rathaus vorsieht, sollen aus einem anderen Topf kommen.

■ **Arbeitsprojekt Drogenhilfe:** Um das fortzusetzen, soll der Rat 25 000 Euro zur Verfügung stellen. Dafür soll der Ansatz für die kommunale Grünpflege um 20 000 Euro schrumpfen.

■ **Soziale Einrichtungen:** Die Ver-

waltung will die Zuschüsse jeweils um zehn Prozent anheben, Rot-Rot-Grün möchte statt dessen allen Empfängern mindestens 1000 Euro zukommen lassen – was für viele von ihnen eine höhere Anhebung bedeuten würde.

■ **Sozialkarte:** Die Stadt soll mit 5000 Euro die Karte wiederbeleben, die Kindern aus einkommensschwachen Familien den Zugang zu Freizeiteinrichtungen ermöglicht.

■ **Verhütungsmittel:** Die Stadt soll ärmeren Menschen mit 10000 Euro helfen, diese zu kaufen.

Alle Ausgaben seien durch Kürzungen gegenfinanziert, betonen SPD, Grüne und Linke. Insgesamt bleibt es beim Verwaltungsvorschlag, 40 000 Euro von der halben Million als Puffer zu behalten und nicht auszugeben. Weitere Punkte:

Für ein kommunales Wohnungsbau-Förderprogramm soll die Stadt 320 000 Euro vorsehen; 100 000 Euro sollen fließen, um das Konzept für bezahlbares Wohnen umzusetzen, ein Lotse soll Bürger auf Wohnungssuche beraten. Die Stadt soll die Sanierung der Moltkestraße auf 2019 vorziehen, dafür den Ansatz von 600 000 Euro für einen Wohnmobil-Parkplatz verschieben. Ratssitzungen sollen künftig per Livestream im Internet übertragen werden. Am Mittwoch treffen sich alle Ratsfraktionen – bis auf die AfD – , um ihre Vorstellungen zu besprechen.